

Dipl.-Ing. Paul J. Lovrek

"Kordinator ungleicher Partner" - Regionalverband Salzburg Stadt und Umgebungsgemeinden

"Die rasche Entwicklung unserer Zeit bedingt u.a. einen Wandel auf technologischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Einzelne Gemeinden stehen im vielschichtigen Zusammenhang mit zahlreichen anderen Gemeinden. Kommunale Aufgaben, die die gegebene örtliche Verwaltungskraft übersteigen, bleiben ungelöst, wenn sie nicht von einem überörtlichen Träger übernommen werden, oder durch interkommunale Zusammenarbeit gelöst werden können".

Mit diesen Feststellungen wurde von der Landesplanungsstelle beim Amt der Salzburger Landesregierung vor bereits mehr als 10 Jahren in den Salzburger Gemeinden für die Gründung freiwilliger regionaler Planungsverbände geworben. Mit Hilfe solcher Verbände wollte man gemeinsame Ziele realisieren, kommunale Einrichtungen wirtschaftlicher gestalten und vor allem, gemeinsame Probleme aus der Sicht einer Region lösen, um durch erhöhte Attraktivität die Selbständigkeit der Gemeinden zu stärken und die Eigenart unserer Landschaft zu bewahren.

Im November 1974 wurde daraufhin der Regionalverband Salzburg Stadt und Umgebungsgemeinden (RVS) gegründet.

Ihm gehören seit damals die Gemeinden: Anif, Anthering, Bergheim, Elsbethen, Grödig, Hallwang, Koppl, Wals-Siezenheim und die Stadt Salzburg an. Die Verbandsfläche beträgt ca. 220 km². (siehe Abbildung)

Der Regionalverband ist nach Art eines Vereines organisiert. Seine Vereinsorgane sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Der Vorstand ist das Vertretungs- und Verwaltungsgremium des Verbandes; ihm gehört je ein, von den Mitgliedsgemeinden entsendeter Vertreter an und tagt je nach Bedarf in

unregelmäßigen Zeitabständen. Der Vorstand entscheidet einstimmig bei Anwesenheit von mindestens 3/4 der Mitglieder. Die Mitgliederversammlung besteht aus jeweils 3 Vertretern pro Mitgliedsgemeinde und hat zumindest einmal jährlich zusammenzutreten. Sie trifft ihre Entscheidungen nach dem Kurienwahlrecht, wobei immer die drei Vertreter jeder Gemeinde eine Kurie bilden. Ein Beschluß der Mitgliederversammlung kommt nur zustande, wenn die Kurien ohne Gegenstimme zustimmen. Die Regelung der Beschlußfassung innerhalb der Kurie obliegt den einzelnen Mitgliedern. Zur Beschlußfassung muß jedenfalls ein Vertreter pro Kurie anwesend sein. Der Vorstandsvorsitzende hat auch den Vorsitz in der Mitgliederversammlung. Die Besorgung der Verbandsgeschäfte erfolgt durch die Geschäftsführung.

Hauptziel des Verbandes ist es, eine Interessensabstimmung der Mitgliedsgemeinden für gemeinsame Raumordnungsmaßnahmen zu erreichen. Der Aufgabenbereich ist nach dem § 22 des ROG 77 geregelt und sieht die Zusammenarbeit der Mitgliedsgemeinden zum Zweck der Übereinstimmung ihrer Entwicklungskonzepte oder einzelner raumbezogener Sachbereiche vor, besonders solcher Sachbereiche oder Entwicklungsmaßnahmen, deren Auswirkungen nicht an den Gemeindegrenzen enden. Als Grundlage für die Entwicklungskonzepte der zusammengeschlossenen Gemeinden können Regionalverbände eigene Regionalpläne erstellen. Allerdings haben solche Regionalpläne nur den Status von freiwilligen Abmachungen, besitzen also keine normative Wirkung.

Der Verbandszweck wird durch ideelle und materielle Mittel verwirklicht. Unter ideellen Mittel ist die Koordinierung aller im Verbandsgebiet wirksamen Kräfte, die Zusammenarbeit mit Behörden und sonstigen Institutionen, die Vergabe von Forschungsaufträgen, Studien und Untersuchungen, die Erstellung eines regionalen Entwicklungsleitbildes, die Beratung und Unterstützung der Verbandsmitglieder bei der Durchführung raumordnerischer Maßnahmen sowie die Vertretung gemeinsamer Interessen der Verbandsmitglieder nach außen zu verstehen. Die materiellen Mittel werden in Form von Subventionen und Mitgliedsbeiträgen aufgebracht, wobei die Beitragsberechnung für alle Gemeinden gleich, auf Basis der jeweiligen Einwohnerzahl beruht.

Der Vorsitz im Regionalverband wurde anfangs von den, für die Planung in der Landeshauptstadt zuständigen Politikern geführt. Im Lauf der Jahre hat sich aber gezeigt, daß die Zentralisierung aller Aufgaben in der Landeshauptstadt teils aus fachlichen und teils aus politischen Gründen weder ideal noch besonders wünschenswert ist. Diesen Umstand wurde Rechnung getragen und der Vorsitz dem Bürgermeister einer Umlandgemeinde (seit 1983: Bgm. Ing. Alois Ehrenreich; Gemeinde Anthering) übergeben. Gleichzeitig wurde erstmals eine eigene Geschäftsstelle eingerichtet und ein Raumplaner mit der Geschäftsführung betraut.

Seither konnten vom Verband eine Reihe von Tätigkeiten entwickelt werden, die von der reinen Beratungs- oder Koordinierungsfunktion bis zur Entwicklung eigener Planungskonzepte reichen:

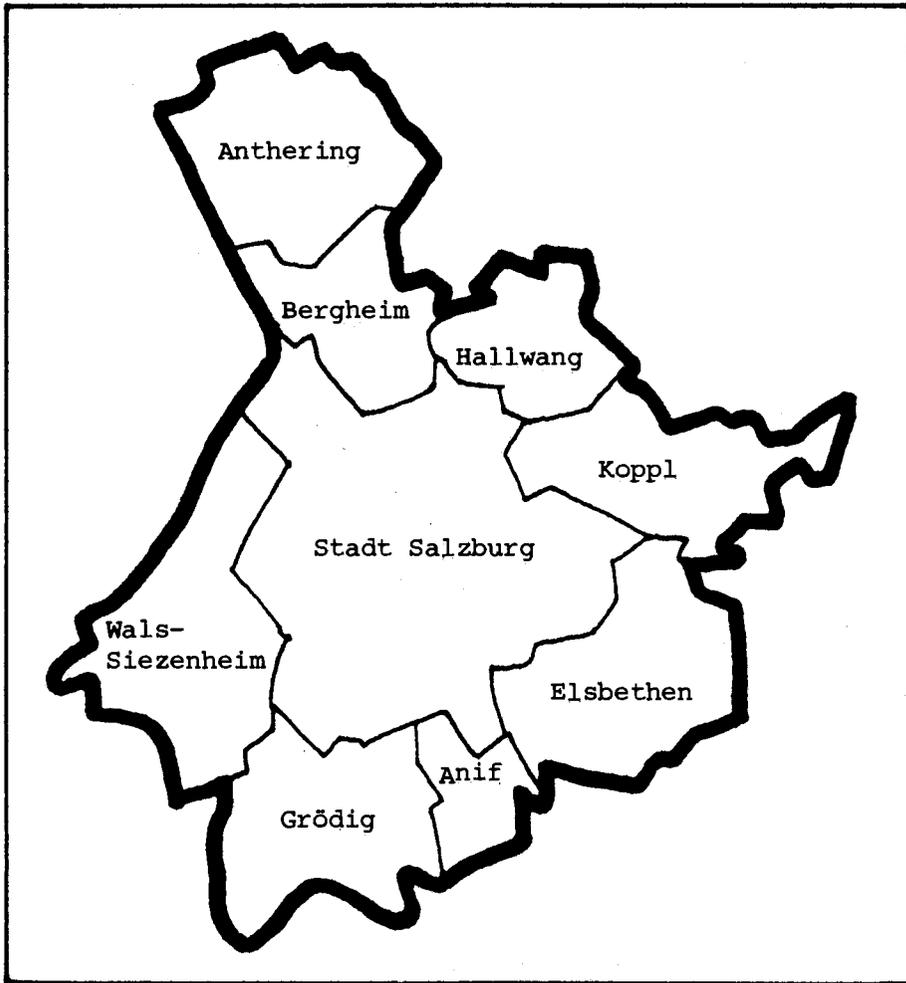
- Sechs der neun Mitgliedsgemeinden sind gegenwärtig damit beschäftigt, dem Gesetzauftrag gerecht zu werden und erstellen räumliche Entwicklungskonzepte sowie neue Flächenwidmungspläne. Als Grundlage für die örtliche Raumplanung dient diesen Gemeinden, eine vom Regionalverband beauftragte und im Frühjahr 1984 abgeschlossene Studie, in der die regionalen Probleme und Ziele erfaßt und dargestellt wurden.
- Im Rahmen der, beim Amt der Salzburger Landesregierung eingesetzten, Nahverkehrskommission wurde dem Regionalverband die Arbeit übertragen, die städtischen Hauptradwege mit bestehenden oder möglichen Radwegen der Umlandgemeinden abzustimmen.
- Auf Initiative des Verbandes konnte erwirkt werden, daß die Vorstellungen der Umlandgemeinden hinsichtlich einer besseren Versorgung mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln in der Untersuchung zur Neugestaltung des Verkehrsliniennetzes der Landeshauptstadt mitberücksichtigt werden.
- Im Rahmen sogenannter Koordinierungsgespräche werden Planungsvorhaben, zwischen den "betroffenen" Gemeinden abgeklärt. Solche Gespräche haben konkret zu einem Wohnbauvorhaben und zu verschiedenen, die Gemeindegrenzen überschreitenden Straßenausbauprojekten stattgefunden. In allen Fällen wurden einvernehmliche Ergebnisse erzielt.
- Eine wesentliche Aufgabe für den Verband besteht auch in der Bewußtseinsbildung zu Fragen der Raumordnung. Dazu wird von der Geschäftsstelle des Verbandes der Einsatz einer Raumplanungs-Wanderausstellung

organisiert und koordiniert. Diese Ausstellung wird im Rahmen von Bevölkerungsversammlungen primär in den Verbandsgemeinden eingesetzt, die gerade mit der Überarbeitung ihrer örtlichen Raumplanung beschäftigt sind.

- Ein anderer Weg der Bewußtseinsbildung wird durch die Veranstaltung von Arbeitstagen mit spezieller Themenstellung beschritten. So wurden bereits die Themen: "Räumliches Entwicklungskonzept - Sinn und Zweck" sowie "Kommunale Baulandsicherung - aktive Bodenpolitik der Gemeinde" behandelt. Thema der nächsten Arbeitstagung wird die "Bebauungsplanung" sein. In der Folge ist dazu auch die Zusammenarbeit mit dem Salzburger Bildungswerk vorgesehen, das auf Initiative des Verbandes zu diesem Thema eigene Vortragsabende in den einzelnen Gemeinden veranstalten wird.
- Durch die geplante Einführung eines LKW-Nachtparkverbotes in der Landeshauptstadt wurde allgemein befürchtet, daß die Probleme, die durch das Langzeitparken der vorwiegend internationalen LKW-Züge bewirkt werden, auf die Umlandgemeinden verlagert werden. Wegen des überörtlichen Charakters dieses Problem es wurde von der Landeshauptstadt in Ermangelung einer eigenen geeigneten Fläche die Errichtung eines LKW-Hofes in einer der Umlandgemeinden gefordert, von diesen jedoch abgelehnt. Vom Regionalverband wurde daher ein Konzept ausgearbeitet, das zum Einen darauf abzielte, bisher vernachlässigte Primärdaten im Stadtbereich zu erheben, zum Anderen aber auch gleichzeitig die Überprüfung der Auslastungskapazitäten bestehender und für diese Nutzung eventuell geeigneter Abstellplätze vorsah. Die Durchführung dieses Konzeptes brachte schließlich eindeutig zutage, daß einerseits die ins Auge gefaßten Parkplätze keine Reservekapazitäten besitzen, andererseits aber auch der Anteil ausländischer LKW in der Landeshauptstadt so klein ist, daß die Errichtung eines LKW-Hofes keinesfalls gerechtfertigt ist und auch die Verlagerung des Park-Problems auf die Umlandgemeinden nicht zu befürchten ist.
- Das schwierigste und größte Projekt des Regionalverbandes liegt im Bereich der regionalen Grünraumplanung. Mit der Festlegung eines "Grünflächengürtels" um die Landeshauptstadt sollen bestimmte Grünräume im

Bereich der Stadtgrenze von Zersiedelungen verschont bleiben, soll ein siedlungsbezogenes Zusammenwachsen von Anrainergemeinden und Stadt verhindert und dadurch die Eigenständigkeit der Gemeinden erhalten bzw. gestärkt werden. Ferner sollen die für den Salzburger Zentralraum so charakteristischen Grünräume und Grünteile, die Flächen für eine funktionstüchtige Landwirtschaft sowie die Erhaltung von Naherholungsräumen gesichert werden.

In nahezu all den oben beschriebenen Verbandstätigkeiten gilt es die wechselseitigen Verflechtungen zwischen Stadt und Nachbargemeinden zu koordinieren. Wie sich zeigt, haben regionale Planungsmaßnahmen ihren Ursprung zu meist in der Wechselwirkung zwischen Stadt und Anrainergemeinde und weit seltener in der zweier Umlandgemeinden, weshalb sich der Regionalverband auch als Koordinator zwischen ungleichen Partnern versteht. In Ermangelung einer rechtlichen Kompetenz können positive Arbeitsergebnisse nur auf freiwilliger Basis, also nach vorheriger Konsensfindung zwischen den Gemeinden erzielt werden. Diese Tatsache erschwert die Arbeit vielfach, ermöglicht es aber bisweilen auch verhärtete Positionen, abseits der politischen Ebene auf neutralem Boden und in sachlicher Atmosphäre zu lockern.



REGIONALVERBAND SALZBURG STADT UND UMGEBUNGSGEMEINDEN
